

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

176 (1.8.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 5144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, keine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 176.

Karlsruhe, Dienstag den 1. August 1905.

25. Jahrgang.

Landtagswähler! Parteigenossen!

In einigen Monaten finden die Neuwahlen zum badischen Landtag statt — Neuwahlen, welchen weit größere Bedeutung innewohnt, als jemals unseren Landtagswahlen beigemessen werden konnte. Zum erstenmal werden die Wähler die Gesamterneuerung des Landtags vornehmen, nicht mehr nach dem ebenso unwürdigen wie ungerechten Wahlmännerystem, sondern in geheimer und direkter Wahl. In der direkten Wahl der Abgeordneten durch die Wähler und in der regelmäßigen jährlichen Gesamterneuerung des Landtags liegt zweifellos ein Fortschritt; leider wird dieser Fortschritt für die Arbeiterklasse und für die ärmeren Schichten der Bevölkerung fast völlig aufgehoben durch die schändlichen Kautelen, mit denen alle jene von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen werden, welche nicht seit Jahren die badische Staatsangehörigkeit besitzen und welche im letzten Jahre ihre Steuern nicht bezahlen konnten. Die Regierung, das Zentrum und die Nationalliberalen tragen in gleicher Weise die Verantwortung für diese, vom Hasse gegen die besitzlose Klasse diktierte Durchlöcherung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Eine neue, aber keineswegs gerechte Wahlkreiseinteilung tritt gleichzeitig in Kraft. Ein Wahlrecht, bei dem die Mandate nach Maßgabe des Stärkeverhältnisses der Parteien verteilt werden (Proportionalwahl) wollen weder Regierung, noch Zentrum, noch Nationalliberalen und so kam eine Wahlkreiseinteilung zustande, welche auf dem Lande das Zentrum und in den Städten die Nationalliberalen begünstigt; auf Kosten der Sozialdemokratie wurden ländliche Wahlkreise willkürlich zerrissen und in den großen Städten eine skandalöse künstliche Wahlkreisgeometrie getrieben.

Diese Tatsachen sind schon allein geeignet, der besitzlosen Klasse bei der kommenden Wahl die Wege zu weisen:

Kein Arbeiter, keiner der mit Entretung Bedrohten, keiner, dessen Gerechtigkeitsliebe ein allgemeines, gleiches, von künstlichen Mitteln unberührt gebliebenes Wahlrecht höher stellt, als Partei- und Besitzinteressen, kann für Zentrum oder Nationalliberalen stimmen!

Das Uebergewicht der ländlichen Wahlkreise, die leichter als andere unter die Zentrumschirmherrschaft gebracht werden können, macht eine starke Vermehrung der Zentrumsmandate sehr wahrscheinlich; dadurch verlieren die Nationalliberalen ihren starken Vorsprung, das Zentrum wird zur stärksten, zur „Regierungspartei“ im Landtag. Um diese drohende Zentrumsvorherrschaft zu verhindern, haben sich die Nationalliberalen mit den Demokraten und Freisinnigen im sogenannten „Block“ zusammengeschlossen.

Die Sozialdemokratie verkennt nicht die Gefahren, die in dem Vordringen der politisch und wirtschaftlich durchaus reaktionären, kultur- und arbeiterfeindlichen Zentrumsparthei liegen; wir sind sogar überzeugt, daß sich der unvermeidliche große Entscheidungskampf um die soziale und politische Befreiung des Volkes und um die Erhaltung der Geistesgüter der Menschheit gerade zwischen Sozialdemokratie und Zentrum abspielen wird.

Aber eben weil die Sozialdemokratie die „Zentrumsgefahr“ von dem richtigen wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus würdigt, steht sie dem Kampf zwischen Block-Parteien und Zentrum positiv gegenüber. Die Block-Parteien sind weder prinzipielle Bekämpfer der reaktionären Tendenzen des Zentrums, noch ernsthafte Verfechter wirtschaftlicher, politischer und kultureller Freiheit.

Im Gegenteil: Die nationalliberale Partei hat sich noch stets auf allen Gebieten der Landespolitik als eingeseiftete Vertreterin kapitalistischer Interessen gezeigt, und Demokraten und Freisinnige standen ihr darin nicht allzu fern.

Der Sturm der Block-Parteien: „Gegen den Ultramontanismus“ verliert sonach jede Bedeutung, denn er richtet sich nur gegen die künstlich aufgebauenen konfessionellen Gefahren der Zentrumschirmherrschaft. Diese Gefahren sind durchaus jetzt und da verwindlich von selbst, sobald die wirtschaftliche und politische Bedrückung der Volksmassen weicht.

Unsere Wahlparole muß also lauten:

**Gegen das Zentrum!
Gegen die mit dem Zentrum
verbundenen Konservativen!
Gegen die Blockparteien!**

Des neuen Landtags warten große Aufgaben — Aufgaben, die ganze Männer erfordern. Ein neues Volksschulgesetz soll der Beschlußfassung des Landtags unterbreitet werden. Bei der notorischen Feindschaft des Zentrums gegen erscheinende weltliche Volksbildung und bei der in seiner Klassenstellung begründeten Gleichgültigkeit der Liberalen gegen die Volksschule besteht die Gefahr, daß recht wenig bei der geplanten Reform herauskommt; wir Sozialdemokraten verlangen aber, daß endlich ernst gemacht wird mit der Verbesserung unseres badischen Volksschulwesens. Wir fordern eine einheitliche obligatorische und streng weltliche erweiterte Volksschule in Stadt und Land, wobei auf dem Lande ohne Schwierigkeit die gesamte Unterrichtszeit auf einen halben Tag verlegt werden kann. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Bessere Vorbildung und bessere Bezahlung der Lehrer. Aufnahme der Lehrer in den Gehaltsstufen der Staatsbeamten. Festlegung der Schülerzahl für die einzelnen Klassen auf höchstens 40 Köpfe. Erteilung des gesetzlichen Fortbildungsschulunterrichts während der üblichen Arbeitszeit. Förderung von landwirtschaftlichen Schulen. Fachausbildung für alle Schulen. Angemessene Vertretung der Lehrer und Ärzte in den Schulvorständen. Uebernahme aller Schullasten auf den Staat.

Der kommende Landtag wird auch ein entscheidendes Wort zu sprechen haben über das badische Eisenbahnwesen. Eine engherzige, unter preußischem Einfluß stehende Eisenbahn-Bureaufkratie

weigert sich beharrlich, den einzigen Weg zu gehen, der unsere Bahnen rentabler gestalten könnte. Wir fordern nachdrücklich, daß dieser Weg beschritten wird, daß man endlich herangeht an die Herabsetzung der Tarife, Erlass der drei Klassen durch eine einzige, anständig ausgestattete Wagenklasse, Ausbau des Eisenbahnnetzes durch Neben- und Kleinbahnen, die neue Landestelle dem Verkehr erschließen und den Hauptbahnen Güter und Reisende zuführen. Statt einer solchen, vom ganzen Lande mit Freuden begrüßten Eisenbahn-Reform, will die Regierung den Fahrpreis in der 3. Wagenklasse erhöhen und nach preußischem Muster die menschenunwürdige 4. Wagenklasse einführen! Zentrum und Nationalliberalen sind auch in Fragen der Eisenbahnreform unsichere Kantonsisten; es ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß sie den unerhörten Zumutungen der Regierung gegenüber nachgeben werden. Kräftigen und rücksichtslosen Widerstand finden die reaktionären Pläne der Regierung nur bei der Sozialdemokratie.

Die dritte wichtige Frage, welche den neuen Landtag beschäftigen muß, betrifft die Steuerreform. Nach der ungerechtfertigten 20prozentigen Steuererhöhung, welche im letzten Landtag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde, ist zu befürchten, daß die neue Steuergesetzgebung wiederum die Hauptlasten auf die nichtbesitzenden Volksschichten abwälzt. Demgegenüber fordern wir: Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer, wobei die kleinen Einkommen frei zu lassen sind. Erbschaftsteuer, sinfennis steigend, nach der Höhe der Erbschaft und dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller Verbrauchsabgaben auf Lebensmittel in Staat und Gemeinde; insbesondere Beseitigung der Fleisch- und Weinacise. Abschaffung sämtlicher Sporteln.

Durch die Erledigung der schwebenden Fragen der Schul-, Verkehrs- und Steuerpolitik und durch die übliche Verabschiedung des Staatsvoranschlags darf aber keineswegs die Tätigkeit des Landtags erschöpft sein. Dringend notwendig erscheint uns eine zeitgemäße Reform der Städte- und Gemeindeordnung. Die Klassenwahl, die das Recht nach der Größe des Geldsacks bemißt, muß fallen! Und auch die heute bestehende völlige Bedeutungslosigkeit der Bürgerausschüsse muß fallen! Das Mindeste, was verlangt werden muß, ist: Allgemeines gleiches direktes und geheimes Wahlrecht für Bürgermeister-, Gemeinde- (Stadt-)rats- und Bürgerausschüsse, Sicherung des Wahlgeheimnisses, Verlegung des legislativischen Schwergewichts in den Bürgerausschuß, Beseitigung der Beschränkung der Wahlberechtigung, seine Verhandlungen selbst leitenden Körperlichkeit erhoben wird, die in letzter Instanz die Entscheidung über alle Gemeindeangelegenheiten hat.

Weiter müssen die Gemeinden von einer Reihe Lasten befreit werden, deren Uebertragung an die Gemeinden zu großen Ungerechtigkeiten und allgemeinen Schäden geführt hat. Daß die Gemeinden von den Schullasten befreit werden müssen — im Interesse der Schule wie der Gemeinden! — das ist schon erwähnt; ebenso ist auch die Armenversorgung staatlich zu organisieren, wobei die Kosten vom Staate zu übernehmen sind. Der Straßen- und Brückenbau belastet die Gemeinden, soweit sie bei Kreis- und Landstraßen zu anteiligen Kosten herangezogen werden, häufig sehr hart und ungerecht, es muß deshalb verlangt werden, daß diese Lasten vollständig von der Staatskasse getragen werden.

Die Lage der Arbeiter und der unteren und mittleren Beamten bei der Eisenbahn und in den sonstigen Staatsbetrieben ist endlich im Sinne ihrer Befreienden, ebenso als vergeblich an den Landtag gerichteten Bitten zu bessern. Zum Schutze der Gesamtbeschäftigten des Landes verlangen wir wirksamen Ausbau des Fabrikinspektors, insbesondere durch Vermehrung des Inspektionspersonals durch von den Arbeitern gewählte Assistenten; dauernde Stationierung von Beamten der Inspektion in den Industriezentren des Landes. Ausdehnung der Beaufsichtigung auf die Hausindustrie, das Handwerk, die Betriebe des Handels, des Verkehrs und der Landwirtschaft. Einrichtung einer geordneten Arbeitervertretung, da Arbeiterkammern von Reichswegen doch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind.

Landtagswähler! Parteigenossen!

Das sind einige der wichtigsten Forderungen, welche die Sozialdemokratie im Interesse der Volkswohlfahrt an den Landtag stellt. Ihre Durchführung wird nur nach zähem Kampfe mit der Regierung, dem Zentrum und den „Block“-Parteien möglich sein.

Die Regierung hat sich seit Jahren in das Schlepptau der preußisch-ökologischen Polizeimittel-Politik nehmen lassen. Die im Landtag festgestellte parteiliche Haltung gegen die Arbeiterklasse, die Wahlrechtsverfälschung, die Bestimmungsschnüffelerei bei den Rekruten, die Ausweisung harmloser russischer Studenten und ausländischer Arbeiterorganisatoren, sowie der neueste unerhörte Streich gegen die proletarische Friedenskundgebung in Konstanz zeigen das zur Genüge. Von dieser Regierung ist eine einsichtige Förderung der Volkswohlfahrt nicht zu erwarten!

Und die bürgerlichen Parteien, Block, Zentrum, Konservative, Antisemiten oder wie sie sich sonst nennen, waren noch immer zumeist Förderer und Verteidiger der Regierungspolitik! Soll es anders werden, dann muß die Wahl gegen die Regierung und gegen diese Parteien ausfallen!

Landtagswähler! Die Sozialdemokratie hat in allen 73 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Ihr habt Gelegenheit, wenn Ihr mit unseren Forderungen einverstanden seid, dies mit dem Stimmzettel zu dokumentieren und überall gegen die Regierung und ihre Verteidiger, die bürgerlichen Parteien, zu stimmen. Die Zeit ist ernst, der Kampf wird hart. Geht, organisiert und agitiert!

Wählt sozialdemokratisch und sorgt im eigenen Interesse, daß Recht und Freiheit und Wohlfahrt für jedermann im Lande einkehren!

Der Landesvorstand der Sozialdemokratie Badens.

Politische Uebersicht.

Deutsche Wissenschaft hüte dich!

Aus Unversitätskreisen schreibt man der Frankfurter Zeitung: „Sicherem Vernehmen nach ist in Preußen verfügt worden, daß hinfür Ausländer nur mit besonderer Erlaubnis des Unterrichtsministeriums zur Habilitation an preussischen Universitäten zugelassen seien. Diese Verfügung ist sehr zu bedauern. Sie zeigt die Tendenz, nichtdeutsche Gelehrte von unseren Universitäten auszuschließen. Fast alle „Ausländer“, die sich im Reich als Privatdozenten habilitieren, sind aber deutscher Nationalität: deutsche Schweizer, Oesterreicher oder Wallen. Nicht wenige unserer akademischen Lehrkräfte waren und sind von solchen

Ausländern besetzt, und darunter befinden sich besonders wissenschaftlichen Eifer zu diesem Schritt getrieben wird. Für so äußerst seltene Fälle bedarf es ja keiner eigenen Bestimmungen. Und auch sonst ist diese Maßregel ungewöhnlich. Ob ein junger Doktor der vonia docendi würdig sei, das vermögen die Fakultäten jedenfalls weit besser zu beurteilen, als der Minister oder der ihn inspirierende geheime Rat, selbst wenn es sich um so weise Männer handelt, wie die Herren Studt und Althoff!

Als Motiv der Neuerung wird freilich die Gefahr angegeben, daß man solche Ausländer aus Anstandsgründen vielleicht doch einmal werde bezahlen müssen. Aber der Staat gibt dem, der sich habilitiert, keinerlei Garantie für seine berechnete Beförderung, und schließlich kommt das armselige

Gehalt, das man aus Menschlichkeit vielleicht nach Jahren einem Dozenten doch bewilligt, gar nicht in Anschlag bei einem Budget von ungezählten Millionen. Wir haben hier in Wirklichkeit einen weiteren Schritt auf das Ziel hin, den preussischen — und dadurch auch den andern deutschen — Universitäten alle Selbständigkeit zu nehmen, sie ganz schematisch zu regulieren und die akademische Laufbahn zu einer Beamtenlaufbahn zu machen. Würde dies Ziel erreicht, so wäre das ein unberechenbarer Schaden für die Wissenschaft.

Die herrschenden Kreise preisen auf die Wissenschaft, wenn sie nicht ihren Zwecken dient.

Ein wichtiger Tag.

Am 28. Juli war ein Jahr vergangen, seit den Minister des Innern v. Plehwe das Geschäft er-

...

...

